

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich I
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Ulrich Bernshausen

Datum
14.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung 04.07.2002

Betreff:

Entwicklung der Personalkosten 2002

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Bericht der Verwaltung über die voraussichtliche Personalkostenentwicklung 2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in seiner Sitzung am 27.02.2002 die Personalkosten auf 55.561.060 € festgeschrieben. Damit sollte den Vorgaben des Landesinnenministers Rechnung getragen werden, der mit seinen Orientierungsdaten bei den Kommunen eine Personalkostensteigerung von maximal 1 % pro Jahr einfordert.

Die Tarifsteigerungen in den letzten 3 Jahren einerseits und die deutlich dahinter zurückgebliebenen Personalkostensteigerungen seit 1999 andererseits (dargestellt mit meiner Vorlage vom 05.12.2001 anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanes 2002) ließen bereits erkennen, dass es in diesem Jahr schwierig werden würde, den festgelegten Ansatz zu erreichen. Zur Verdeutlichung deshalb nochmals die Zahlen für die letzten 3 Jahre. Diesen Zahlen ist zu entnehmen, welche Personalkostensteigerungen in den jeweiligen Jahren nach einem Tarifabschluss zu verzeichnen waren bzw. im Jahre 2002 vorgegeben sind:

Personalkosten	Personalkostensteigerung	Orientierungsdaten IM NRW	Tariferhöhung
2000: 54.227.361 €	2000: 1,07 %	1 %	1999: 3,1 %

2001: 55.010.006 €	2001: 1,44 %	1 %	2000: 2,0 %
2002: 55.561.060 €	2002: 1,00 %	1 %	2001: 2,4 %

Eine erste interne Kalkulation im Sommer 2001 für das Haushaltsjahr 2002 deutete daraufhin, dass es schwierig werden würde, die vom Landesinnenminister vorgegebene niedrige Steigerungsrate einzuhalten. In einer Kalkulation aller Stellen wurde die Summe von 56.388.280 € für den Personalkostenetat 2002 ermittelt. Eine eigene kritische Durchsicht aller Stellen, mit der Sparpotenziale erschlossen werden sollten, führte zu einer Reduzierung der Personalkosten um 527.220 € auf die mit Vorlage vom 05.12.2001 eingebrachte Summe der Personalkosten von 55.861.060 €. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde eine Deckelung von 300.000 € vorgenommen, die schließlich zu dem eingangs beschriebenen Personalkostenetat von 55.561.060 € führte.

Die erste Hochrechnung für 2002 (30.04.2002) bestätigte die Befürchtung, dass ohne einschneidende Maßnahmen keine maßvolle Personalkostensteigerung zu erreichen ist. So konnte bereits der Vorlage des Stadtkämmerers zum Haushaltsvollzug per 30.04.2002 (vorgelegt im HFA am 05.06. und im Rat am 19.06.2002) entnommen werden, dass nach dieser Hochrechnung der Haushaltsansatz um ca. **700.000 €** überschritten wird. Die Überschreitung des Personalkostenansatzes hat unter anderem folgende Ursachen:

Deckelung:	300.000 €
Überdurchschnittliche Ausgaben für Winterdienst:	250.000 €
Steigerung der Sozialversicherungsausgaben:	50.000 €
Steigerung der Ausgaben für Beihilfen:	100.000 €
Überschreitung Personalnebenausgaben:	<u>60.000 €</u>
Summe:	<u>760.000 €</u>

Um die Einhaltung des Personalkostenansatzes zu erreichen bzw. diesem Ziel möglichst nahe zu kommen, hat der Bürgermeister mit Schreiben vom 28.05.2002 eine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten ausgesprochen. Dies bedeutet, dass alle frei werdenden Stellen grundsätzlich erst nach 6 Monaten wiederbesetzt werden sollen. Über Ausnahmen hiervon entscheidet der Bürgermeister im Einzelfall. Ferner werden von 6 Auszubildenden, die im vergangenen Sommer einen befristeten Jahresvertrag erhalten haben, nur 3 Auszubildende in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

Eine Wiederbesetzungssperre löst dauerhaft nicht die fiskalischen Probleme, mit denen die Verwaltung zurzeit zu kämpfen hat. Der Einsatz dieses Instrumentes ist deshalb nur für einen begrenzten Zeitraum sinnvoll. Eine Reduzierung der Personalkosten ist dauerhaft nur möglich, wenn freiwillige Aufgaben eingeschränkt oder eingestellt bzw. praktizierte Standards gesenkt werden. Eine Reduzierung des derzeitigen Personalkörpers bei Beibehaltung der zurzeit wahrgenommenen Aufgaben ist jedoch kaum noch möglich. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen auf den Personalkostenetat relativ gering sind.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. A.

Wolf-Rüdiger Lehmann

Anlagen: -